

Wacht auf, schlafende Mehrheiten für eine Vertiefung der Europäischen Union.

Interview (Matthias Hoenig) mit Jürgen Habermas

In Berlin wird am Wochenende der 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge als Geburtsstunde der Europäischen Union gefeiert. Der Philosoph und Sozialwissenschaftler Jürgen Habermas bilanziert im dpa-Interview, das wir mit freundlicher Genehmigung übernehmen, die Entwicklung Europas und entwirft Perspektiven. Sein Plädoyer: Bei der Europawahl 2009 sollen die Bürger in einem Referendum darüber abstimmen, ob die Europäische Union künftig einen direkt gewählten Präsidenten, einen eigenen Außenminister und eine eigene Finanzbasis bekommt. [Referenden dieser Art sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt unmöglich und in der Sache vermutlich für immer unnötig. Denn es ist Aufgabe der Politik (Regierungen, EU-Gremien und nationale wie fachliche Lobbys), heikle Sachfragen dieser Art durch entsprechende Gesetzeswerke und EU-Verträge zu klären. Außerdem ist Europa noch weit davon entfernt, als *eine* Demokratie zu funktionieren. Solange das Rahmen- und Grundlagenwerk (Verfassungsvertrag etc) nicht durch die Politik (der Regierungen und EU-Gremien) festgelegt ist (und auf neue Stufen der Kohärenz gehoben wurde), können Referenden fast nur negative Wirkung haben. Über die genannten und viele andere Punkte (Außenminister, Regierungszeiten etc) der Organisation politischer Institutionen und Entscheidungsträger in der EU - (sogar das Stimmenzählverfahren ist noch in Entwicklung) - müssen vorerst die Repräsentanten der europäischen Staaten in der EU miteinander ins Reine kommen, - wie zuletzt der „Merkel-Erfolg“ in Brüssel bewiesen hat, der in letzter Minute ein Scheitern der Verhandlungen mit Polen, England und anderen über die zentralen Punkte verhindern konnte. - Habermas argumentiert demagogisch; das alte Ungeschick von Philosophen, die in Politik dilettieren.]

dpa: Bei Kriegsende waren Sie 15 Jahre jung, aber alt genug, um die verheerenden Folgen von verblindetem Nationalismus noch aus eigener Anschauung mitzerleben. Jetzt feiert die Politik 50 Jahre Römische Verträge - was sind Ihre Erinnerungen als Zeitzeuge?

Jürgen Habermas: Ich muss gestehen, dass mich vor 50 Jahren die innenpolitische Frage der atomaren Ausrüstung der Bundeswehr leidenschaftlicher interessiert hat als die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Ich habe damals nicht begriffen, dass diese Zollunion bereits mit verfassungsähnlichen Institutionen ausgestattet wurde und deshalb die Perspektive auf eine Europäische Gemeinschaft,

also eine politische Vereinigung der Länder Westeuropas schon eröffnet hat. [Erfreulich, daß H. zugibt, durch marxistische Verblendung geblendet, eine der bedeutendsten Wenden der europäischen Geschichte verschlafen zu haben. Und zu dieser Blendung kam die antiamerikanische hinzu: man musste für den Frieden sein, weil ja die Sowjetunion keine Bedrohung war. (Gegenwärtig verschläft dieselbe deutschgründliche Mentalität eine der bedeutendsten Wenden der Weltgeschichte am Beginn des 21. Jahrhunderts: die Befreiung des Irak wird als „falscher Krieg“ verkannt.)] Andererseits standen die pazifistischen Motive, die damals die Anhänger der Friedensbewegung im nationalen Rahmen bewegten, im Einklang mit den Motiven, welche die sechs Gründungsstaaten und die Hauptakteure Adenauer, de Gasperi und Schumann angetrieben hat: Nie wieder Krieg zwischen den Nationalstaaten, die sich in zwei Weltkriegen zerfleischt hatten, natürlich die Einbindung Deutschlands, das den Krieg angezettelt hatte und mit dem monströsen Verbrechen der Judenvernichtung belastet war. [Und daher musste die Bedrohung Sowjetunion verkannt werden? Was für ein Angsthasen-Pazifismus. Und welche Selbstüchtigkeit dazu, denn der Kommunismus bedrohte und hielt unter seiner Knute nicht nur halb Europa. - Ein merkwürdiger Kontinent dieses Europa vor 1989: die eine Hälfte schmachtet im sowjetischen Gefängnis, und die andere Hälfte feiert sich als Hort des internationalen Pazifismus. Als gäbe es keine Pflichten, keine Aufgaben, keine Geschichte mehr, wenn nur endlich Friede, Ruhe und Ordnung „zwischen den (westlichen) Nationalstaaten“ eingekehrt sei.]

Dass EU-Länder noch einmal gegeneinander Krieg führen könnten, erscheint unvorstellbar. Und der gewachsene gemeinsame Markt hat Wohlstand für viele gebracht - dürfen wir den Paradigmenwechsel europäischer Politik weg vom Nationalstaatendenken zu einer europäischen Sicht als historisch feiern? [Warum schon wieder feiern? Und warum schon wieder „historisch“? Was soll dieser Unfug, ständig das „Große“ und „Historische“ herbeizureden und herbeizufeiern? Soll diese Selbstbeweihräucherung die weltpolitische Schwäche Europas verdecken? Diese wird soeben in Afghanistan, im Irak und in unzähligen Fragen, die Europa als gespaltene und mit sich uneinige Macht zeigen, offenbar.]

Habermas: Das ist gewiss ein Grund zum Feiern, auch wenn der Paradigmenwechsel noch nicht ganz vollzogen ist. [Spaßkulturen feiern zu jedem Anlaß... - „Noch nicht ganz“ ist ein untertreibender Diminutiv; denn es wird vermutlich noch der Entwicklung von Jahrzehnten bedürfen, ehe der Nationalismus europäischer Nationen in der neutralisierenden Lauge der EU verschwunden sein wird.] Aber es gibt noch ein ganz anderes Ergebnis, das wir uns heute mit etwas Selbstbewusstsein zu Nutze machen könnten. Die europäische Einigung ermöglicht, in der multipolaren Spannungslage von heute eine Rolle zu spielen, die damals, zu Beginn des Ost-West-Konflikts, niemand voraussehen konnte. Am Anfang war "Europa" die Antwort auf Probleme, die sich innerhalb Europas stellten; heute richtet sich, wenn wir an die Zukunft Europas denken, der Blick vor allem auf Probleme, die uns von außen herausfordern: Es ist ja nicht nur

die Osterweiterung, die die Einigungsdynamik über den in Nizza erreichten Stand hinaustreibt. [Heute wäre „Europa“ die Antwort auf die Probleme außerhalb Europas? Auf welche und in welchen Regionen? Wenn dem so wäre, müsste sich dann Europa nicht mittels selbsternannter Mission als weltmachtpolitischer Akteur betätigen? Was ist an dieser Position faul?]

Noch sind wir freilich solchen Erwartungen, die sich an eine diplomatisch ausgleichende Macht richten, nicht gewachsen. [Europa als großer Weltdiplomat, der beispielsweise mit dem Iran (wie mit Milosevic und Saddam) solange verhandelt, bis es wieder einmal zu spät sein wird? Die Vorstellung des „diplomatischen Ausgleichs“ unterstellt, daß zwischen den Kontrahenten ein Ausgleich, ein Gleichgewicht herzustellen wäre, beispielsweise zwischen der Ersten Welt (mit den USA an der Spitze) und dem islamistischen Weltterror; oder zwischen Israel und den (islamistischen) Palästinensern und anderen Terrorgruppen, die nicht gewillt sind, die Existenz eines UNO-Staates (Israel) anzuerkennen, oder gar zwischen Israel und dem Iran. Worauf gründet dieser selbsternannte Missionierungsauftrag? Darauf, daß die Vereinigung Europas geglückt sei und nun das Resultat dieser Vereinigung - EU -, zu der immerhin zwei Weltkriege als Vorausbedingung nötig waren, als Vorbild für „die ganze Welt“ dienen kann? – Die USA bedurften zu ihrer Einigung freilich nur eines Bürgerkrieges, und in diesem ging es bekanntlich sogleich um Freiheit und Menschenrechte: um die Befreiung von Unfreien (Sklaven und deren Herren). Es scheint, als wären die USA der EU zuvorgekommen; oder sind diese beiden Vereinigungen (USA und EU) womöglich gar nicht zu vergleichen, weil die historische Lage und Entwicklung jenseits des Ozeans eine ganz andere war? (Eine unsinnige Frage...)

Der Verdacht erhebt sich, das Europa-Paradigma „Weltdiplomat“ könnte naiv, selbstverliebt und von geringer Reichweite sein, - wofür das bald sechzigjährige Scheitern der europäischen „Friedenspolitik“ im Palästina-Konflikt mehr als ein Menetekel sein dürfte.]

Können Sie eine geopolitische Herausforderung nennen?

Habermas: Nehmen Sie als Beispiel den letzten, auf libanesischem Boden ausgetragenen Konflikt zwischen Israel und der Hisbollah. Da die USA durch die einseitige Politik der Bush-Regierung im Nahost-Konflikt längst zur Partei geworden war, richteten sich viele Erwartungen auf Europa, das als neutraler eingeschätzt wurde. [Die USA begeht also die „einseitige Politik“, die Hisbollah als Terrororganisation einzustufen, während Europa die zweiseitige Politik - diplomatisch freilich nur - vertritt, Israel und Hisbollah auf gegenseitiger Anerkennungsebene durch neutrale Vermittlung einander näher zu bringen. Dieser europäische Traum, im Nahen Osten und in der islamischen Welt insgesamt als Nicht-Partei agieren zu können und zu sollen, ist ein Phantasie-Traum, dessen Illusionen mal rascher, mal weniger rasch zerstiebt. Zurzeit im Libanon, wo die Diplomatie längst an ihre (engen) Grenzen geraten ist und europäischen Truppen die Stafette übergeben musste.]

Die EU schickte zwar ihren außenpolitischen Sprecher Solana nach Beirut und Jerusalem, bot aber im übrigen mit einem Chor von dissonanten Stimmen ein lächerliches Bild. Gleichzeitig versuchten sich nämlich einzelne Länder wie Frankreich, Großbritannien, Deutschland, Italien und Spanien als Nationalstaaten zu profilieren und einander mit jeweils hausgemachten Initiativen zu übertrumpfen. [Ein Unbild von Weltdiplomatie. Anspruch und Realität klaffen, wie gewöhnlich bei Europas Weltpolitik, weit auseinander. Es ist undurchführbar, in diesem (Libanon-)Konflikt und allen kommenden und schon angebrochenen Konflikten (Afghanistan, Irak, Sudan, Somali, Jemen undsofort, oder gar im Krieg gegen den islamistischen Weltterror) stets nur als „diplomatisch ausgleichende Macht“ aktiv sein zu wollen. - Die „Einseitigkeit“ der „Bush-Regierung“, die moderaten Regime der Zweiten Welt zu immer mehr Demokratie zu ermuntern und die völlig unhaltbar gewordenen zu beseitigen helfen, setzt allerdings den Mut und die (wirkliche) Macht voraus, mehr als bloß endlose Diplomatie betreiben zu wollen, denn die dient am Ende nur den Islamisten und den aktuellen (demokratieblockierenden) Regimen der Region. - Im Übrigen muß daher jede US-Politik (in den europäischen Visieren) als „einseitig“ erscheinen, und ist auch immer so erschienen, man denke nur an die Reagan-Zeit oder an Bush seniors Ersten Golfkrieg. Denn an wen sollten die Amerikaner sich wenden und halten, wenn es brennt? An die Diplomatie Europas?]

Welche Prioritäten würden Sie auf die politische EU-Agenda setzen: Die bislang gescheiterte EU-Verfassung, eine gemeinsame Außenpolitik Europas, gemeinsame europäische Streitkräfte, die Zählung des internationalen Neoliberalismus durch Sozialstandards oder eine Vorreiterrolle im internationalen Klimaschutz? [Vermutlich eine falsche Vorstellung von „Priorität“ in der Politik. Denn wie in jeder, so ist auch in der europäischen Politik gewissermaßen jede Agenda Priorität, weil kein Realitätsbereich mit seiner Fortentwicklung warten kann und soll; jeder muß entwickelt und den neuen Aufgaben gemäß umgeformt werden. Was nicht ausschließt, daß in jedem Einzelbereich bestimmte Prioritäten gesetzt werden sollen und müssen, - bis hinunter zu konkreten Strategien, Taktiken und einzuhaltenden Fahrplänen.]

Habermas: Sie zählen in der Tat die dringendsten Herausforderungen auf, denen sich ein geeintes Europa im 21. Jahrhundert stellen müsste. Aber eine gemeinsame Außenpolitik, der Aufbau gemeinsamer Streitkräfte oder eine Harmonisierung der Steuer- und Wirtschaftspolitiken in der Absicht, unsere gefährdeten sozialen und kulturellen Standards abzusichern, sind politische Ziele, die auf einer anderen Ebene liegen als die gescheiterte EU-Verfassung. [Und in Verfassungsfragen scheint der diplomatisierende Philosoph eher zuhause zu sein; die gemeinsame Außenpolitik hat soeben wieder einen argen Dämpfer erhalten: es gibt vorerst (Juni 2007) keinen Außenminister, sondern nur einen „Hohen Beauftragten“ in der Agenda europäische Außenpolitik.]

Die erweiterte EU muss ja zunächst einmal ihr eigenes Haus in Ordnung bringen, um regierbar zu bleiben und die nötige politische Handlungsfähigkeit zu gewinnen, bevor sie sich so ehrgeizige Ziele setzen kann. [Dies kann aber nicht durch Referenden initiiert oder gar organisiert werden. Und auch die Klärung der Verfassungsfrage allein reicht nicht hin, die „Ordnung im eigenen Haus“ regierbar zu halten oder - unter den Bedingungen steter Erweiterung - zu machen. Daß sich Europa vom ehrgeizigen Ziel beispielsweise einer ernstzunehmenden Bewaffnung weithin verabschiedet hat, ist aber nicht einer angeblichen Unregierbarkeit und Unordnung „im Haus“ geschuldet, sondern eben jener Einstellung und Selbstberufung zum Weltdiplomaten, die Habermas vorhin zum besten gegeben hat.]

Vor allem sollten wir uns keine Illusionen darüber machen, woran heute eine Vertiefung der Institutionen wirklich scheitert...[„Vertiefung der Institutionen“ klingt nebulös, was mag dieses Zauberwort bedeuten?]

...an der Ablehnung vieler Bürger in ganz Europa?

Habermas: Nicht am Widerstand der Bevölkerungen! Das ist zwar die nahe liegende, aber falsche Vorstellung, die sich nach den gescheiterten Referenden in Frankreich und den Niederlanden festgesetzt hat. [Was anderes als ein tatkräftiger, weil Taten schaffender Stimmen-Widerstand waren denn die Referenden in Frankreich und Holland? Dies eine „falsche Vorstellung“ zu nennen, entspringt einem Illusionsdenken, das die Tiefe des Widerstandes nicht erkennen, nicht einmal zur Kenntnis nehmen will. Es waren vor allem die radikalen Linken und Grünen sowie die nationalistischen Rechten, welche den „Widerstand“ gegen EU-Europa propagierten und organisierten. Überhaupt sollte man in der Politik nicht „Bevölkerungen“ von deren Parteien trennen; schon gar nicht in der Europa-Politik.] Tatsächlich haben wir in den meisten kontinentalen Ländern nach wie vor schlafende Mehrheiten für eine Vertiefung der Europäischen Union. [Nehmen wir an, „Vertiefung“ meint die sogenannte demokratische Verankerung bei und in den Bevölkerungen. Dann freilich ergibt sich die Tautologie, daß angeblich die „schlafenden Mehrheiten“ (die der Philosoph wachküssen möchte) politisch repräsentative Mehrheiten in Brüssel legislieren und regieren sehen möchten. Versteht man aber unter „Vertiefung“ die ständig zu verbessernde und durch Konsens der Regierungen und Gremien der EU zu erreichende Strukturierung der Kompetenzbereiche- und Entscheidungsträger, dann sind wir wieder beim Eingangsirrtum dieses Interviews angekommen. Wie die „Bevölkerungen“ von der Idiotie wegkommen könnten, die EU als Intimfeind No.1 (gleich nach Bush) zu verkennen, das allerdings wäre der anstrengenden Arbeit von Wachküssern würdig.]

Der tiefer liegende Grund für die Lähmung der Einigungsdynamik liegt vielmehr darin, dass verschiedene Regierungen mit der Union verschiedene Zielvorstellungen verbinden. Die Blockade, die wir heute beobachten, erklärt sich daraus, dass die Regierungen dem vorhersehbaren Konflikt über diese zentrale Frage aus dem Weg gehen.

Die Berliner Ratspräsidentschaft bereitet, wie man liest, zum Jubiläum am 25. März eine Erklärung vor, die die Verfassungsfrage nur am Rande behandelt. [Eine von der Geschichte der EU bereits überholte Behauptung. Die in Brüssel erreichten Konsense bezüglich Verfassungsvertrag sind beachtlich. Und Merkel spricht ausdrücklich von einer Überwindung der „Erstarrung“ (Juni 2007). - Ob Habermas (wie Fischer dereinst) nicht auch noch mit dem sogenannten fehlenden „Zentralmotor“ (Deutschland-Frankreich) für Europa liebäugelt? Eine Idee, die an das alte Nationen-Denken Europas (Bündnisse zwischen Freunden en force gegen anderen Bündnisse anderer Freundhaften)gefesselt bleibt; eine Idee, von der sich der exmarxistische Philosoph lösen sollte können, wenn er sich schon nicht von der Idee lösen kann, ein Vereinigtes Europa als Gegenmacht gegen die USA mit rhetorischer Gewalt und Illusion herbeizureden und herbeizureferendieren. Daß die Verfassungsfrage in Berlin keineswegs „nur am Rande behandelt“ wurde, ist amts- und zeitungskundig geworden.]

Welche Bedeutung haben denn die gescheiterten Abstimmungen in Frankreich und den Niederlanden?

Habermas: Die gescheiterten Referenden haben nur ans Tageslicht gebracht, dass die Regierungen in der Sackgasse stecken und weder vor noch zurück können. [Aber in dieser Weise zwischen „guten“ Bevölkerungen und „bösen“ Regierungen zu unterscheiden, führt uns abermals nur in die alte Küche des Denkens in Nationalgeistern zurück. Es waren nicht die „Regierungen“, die das Desaster in Frankreich und in Holland verursacht haben, es waren die Parteien und deren Hirten (auch Philosophen) und Mitläufer, die es nicht vermochten, die öffentliche Meinung zugunsten Europas zu begeistern. Die einschlägigen Europa-Gegner dämonisierten das Projekt und bestiegen - wieder einmal - das alte nationale und nationalistische Schaukelpferd.]

Bisher konnten sie sich auf die "Methode Monnet" verlassen und sind den Imperativen gefolgt, die sich aus der ökonomischen Integration zwangsläufig ergeben haben. [Auch und besonders für die europäischen Regierungen waren EWG und EU kein bloß ökonomisches Integrationsinstrument.]

Der Gemeinsame Markt war kein Nullsummenspiel, sondern hat jedem Mitgliedstaat eigene Vorteile gebracht. Ein Verfassungsrahmen für gemeinsame Politiken verlangt demgegenüber einen gemeinsamen politischen Willen, der über die Wahrnehmung nationalstaatlich einzuheimsender Dividenden hinausgeht. Offensichtlich können die Regierungen im Hinblick auf die finalite, auf den Sinn des europäischen Projektes nicht zusammenfinden. [Und natürlich weiß der Philosoph und Soziologe genau Bescheid über diesen finaliten Sinn der EU. Warum wird er dann von den Regierungen und „Brüssel“ nicht als großes Orakel eingesetzt? - Daß in der Geschichte der Sinn keines Großprojektes „finalit“ sein kann, versteht sich. Nachträglich können wir zwar eine Rede über den Sinn des römischen Imperiums, der chinesischen Großreiche und der

altägyptischen Imperien anheben, aber keine Rede wird vollständige Anerkennung finden können, - aus nahe liegenden Gründen. Jede Finalität ist stets nur eine vorübergehende. Der Sinn des Ganzen kann also nicht im voraus festgelegt werden, weil er erst erhandelt werden muß; und im nachhinein ist nicht konsensfähig festzulegen, was der Sinn nun wirklich war, weil er sozusagen inhaltsunendlich ist. Der Sinn der Entdeckung Amerikas war? - Es ist natürlich nicht zufällig, daß sich ein europäischer Philosoph ins Gebiet der Zukunftsspekulationen verirrt; mangels Alternativen zur aktuellen politischen Entwicklung verständlich.]

Lässt sich das konkreter sagen, an wem liegt's? [Welcher Verräter in den eigenen Reihen verrät das finalite europäische Friedensprojekt, für die große weite Welt den pazifistischen Dauerdiplomaten zu spielen?]

Habermas: Von den Beitrittsländern einmal ganz abgesehen, ziehen Großbritannien und das eine oder andere skandinavische Land in die eine Richtung, die Gründungsstaaten und Spanien in die andere Richtung. [Wo, wann, wie; in welchen Agenda aus welchen Gründen?] Die Einigung über grundsätzliche Klimaschutzziele in Brüssel, die erst noch operationalisiert werden müssen, ist als Erfolg von Angelika Merkel gefeiert worden. Aber war das wirklich mehr als ein Ausweichmanöver vor der eigentlichen Auseinandersetzung? [Wozu und warum diese unnötige Beschmutzung eines Teil-Erfolges?]

Wer soll denn die europäische Entwicklung befeuern, wenn nicht die Regierungen?

Habermas: Als einzigen Ausweg sehe ich ein europaweites Referendum. [Kein Ausweg, ein Desaster. Wenn Demokratien nicht über sich als Demokratien abstimmen lassen können und sollen, kann eine entstehende Demokratie (EU) noch viel weniger über die Grundlagen ihrer Geburt und Kindheitsentwicklung abstimmen lassen.] Die Regierungen, die ja die Herren des Verfahrens sind, müssten ihre faktische Ohnmacht erkennen und dieses einzige Mal "Demokratie wagen". [Blinder demagogischer Vorschlag; noch dazu unter fragwürdigem Motto.]

Sie müssten über ihren Schatten springen und sich selbst - in Gestalt der politischen Parteien, aus denen ja die Regierungen zusammengesetzt sind - vor die Wahl stellen, in einem europaweiten Wahlkampf mit offenem Visier um jede Stimme für oder gegen einen Ausbau der Europäischen Union zu kämpfen. [Alle politischen Argumente, die sich mit einem „sie müßten“, „man müsste“ und sofort präsentieren, tragen die Maske ihres Illusionscharakters ungeniert vor sich her. Sie behaupten: wir wissen es besser, und wir sagen euch - geliebte „Bevölkerung“ - euer Bestes und euer „finalites“ Wesen ist uns anvertraut; aber „die da oben“ (die Regierenden in ihren „Sackgassen“) verführen euch; also: wem wollt' ihr nun folgen? - Der Philosoph in der Gestalt des Demagogen, genauer: des Möchte-Gern-Demagogen; denn: wird dieser Vorschlag eines Philosophen

die Parlamente in den Staaten, in Brüssel, in Straßburg erreichen, oder wird ihm schon vorher die Maske abgenommen?]

Die geopolitische Entwicklung fordert, wie Sie mehrfach deutlich machten, ein starkes Europa. Es könnte zu einem Beispiel werden für entsprechende Zusammenschlüsse auf anderen Kontinenten zu supranationalen Mächten. [Der Traum vom großen „Beispiel“; Europa als Miss World mit Vorbildfunktion. Dieser schöne Gedanke übersieht erstens, daß die globalen Zusammenschlüsse (Nationalstaaten zu Kontinental- oder ähnlichen Blöcken auf Demokratien-Basis) in Asien, in Südamerika, verspätet in der Zweiten Welt, noch später teilweise in Afrika ihrer je eigenen Entwicklungs-Logik folgen müssen; zweitens, daß die universalen Prinzipien dieser Zusammenschlüsse nicht Europa, sondern der ganzen Welt gehören; drittens, daß sie zuerst in den USA realisiert wurden.]

Ohne solche Global Players könne ein gerechteres Weltwirtschaftsregime nicht entstehen, und internationale Sicherheitsprobleme oder die Klimakatastrophe lassen sich national ohnehin nicht lösen. Kurzum: Ist der Nationalstaat angesichts von ihm allein nicht mehr lösbarer Probleme zum Auslaufmodell geworden? [Im Grunde eine „Zukunftsfrage“; die beliebte Floskel „Auslaufmodell“ (Nationalstaat) hat beschwörenden Charakter, - der Journalist möchte sich als Prophet profilieren. Es sei ihm gegönnt.]

Habermas: Nein, die Nationalstaaten sind auf der internationalen Bühne nach wie vor die wichtigsten Akteure. [Holt den Zukunftsträumer auf den Boden der heutigen Realität zurück.] Sie bilden auch die unersetzlichen Komponenten, aus denen sich die internationalen Organisationen zusammensetzen. [Diese - etwa die UNO, aber auch die EU - wären demnach bloße Aggregate und Konglomerate. Es sind aber - wenigstens - in Ansätzen immer auch Organisations-, also Organisationen, mehr als bloße Aggregate und „Zusammensetzungen“. An dieser Schnitt- und Übergangsstelle findet daher der reale Übergang statt: von allein mächtigen Nationalstaaten, die sich bisher als Hauptmächte austoben durften und mussten, hin zu Internationalgebilden, meist kontinentalen oder sogar überkontinentalen Organisationen, in denen die Nationalstaaten zu Faktoren und (Mit)Akteuren herabgestuft werden.] Die internationale Gemeinschaft organisiert sich ja in der Gestalt von "Vereinten Nationen". Wer alimentiert die Vereinten Nationen und stellt Truppen für humanitäre Interventionen, wenn nicht die Nationalstaaten? [Doch nicht (mehr) als Nationalstaaten, sondern diese nur als zugleich Mitgliedsstaaten von überstaatlichen Organisationen: NATO, UNO, EU usw. Diese Organisationen sind daher substantiell von den alten Bündnissen der Nationalstaaten zu unterscheiden. Die Zeit derselben scheint mit 1945 beendet zu sein.] Wer, wenn nicht die Nationalstaaten, garantiert gleiche Rechte für alle Bürger? [Zum Beispiel ein europäischer Gerichtshof und andere übernationale Organisationen. Daß Habermas dies übersieht oder unterschlägt, ist nicht zufällig. Sein Denken neigt sich immer noch auf die Seite der Nationalstaatlichkeit.] Was sich ändern muss - und in Europa

schon stark geändert hat - ist das Selbstverständnis der Nationalstaaten. Sie müssen lernen, sich weniger als unabhängige Akteure denn als Mitglieder zu verstehen, die sich zur Einhaltung von Gemeinschaftsnormen verpflichtet fühlen. [Nichts anderes geschieht fortwährend und trotz bekannter Rückschläge ins nationalistische Denken, gegenwärtig etwa in Frankreich oder Polen.] Sie müssen lernen, ihre Interessen eher innerhalb internationaler Netzwerke durch kluge Diplomatie als durch Androhung militärischer Gewalt im Alleingang zu verfolgen. [Dies unterstellt, nochmals sei es geklagt, daß bei jedem Problem (Jugoslawien, Irak, Afghanistan, Iran, Sudan, Somalia, Palästina usw.) eine unendliche Diplomatie das Allheilmittel sein könnte. Ein alteuropäischer Gedanke, noch immer dem Denken in Bündnispolitiken verhaftet. Ebenso verkehrt ist die These vom „Alleingang“, - ein antiamerikanisches Propagandawort, das dazu dient, über die eigene Position („kluge Diplomatie“ als ultima ratio) nicht mehr nachdenken zu müssen.]

Die rüde Machtpolitik der USA unter der Bush-Administration, die die Interessen des eigenen Landes zum obersten Maßstab macht und das internationale Völkerrecht offen suspendiert hat, haben Sie scharf verurteilt. [Zwei Irrtümer: internationales Völkerrecht wird als bereits vollendet vorhandene Realität vorausgesetzt, und den USA wird „rüde Machtpolitik“ („Alleingang“) unterstellt. Das Gegenteil ist Realität.] Nach Ihrer Auffassung herrscht zurzeit eine "sozialdarwinistisch enthemmte Weltpolitik". Ein starkes Europa könnte die Vereinten Nationen stärken und Wegbereiter einer fairen Weltinnenpolitik werden. Wie stellen Sie sich das konkret vor? [Köstlicher Wortsalat: „faire Weltinnenpolitik“, - als hätte die Weltgeschichte schon den Status universaldemokratischer Realität erreicht, um als „innenpolitischer Debattierklub“ beplaudert und mit „kluger Diplomatie“ behandelt zu werden. Es ist Eifersucht der Europäer, ein „starkes Europa“ zu fordern und herbeizureden, dem in der Realität so gut wie alles widerspricht. Daher die Frage nach der „konkreten Vorstellung“ mehr als berechtigt.]

Habermas: In dieser Kurzfassung kommen zwei Dinge zu kurz. Zum einen, dass meine Kritik an der Bush-Regierung nicht den geringsten Beiklang antiamerikanischer Gefühle hat. [Ein völlig illusionärer Widerruf; mit gleicher Logik könnte man behaupten, eine Kritik an der antiamerikanischen Politik der Rot-Grünen-Regierung unter Schröder und Fischer habe mit Deutschland und den Deutschen nichts zu tun.

Im Übrigen ist dieses Habermasche Verhalten auch Ausdruck eines antidemokratischen Denken: wer die Regierung einer Demokratie stellt, welche Partei auch immer, sofern sie sich als demokratische legitimiert hat, ist die Regierung des Landes, die es regiert. Eine Trennung von „Bushs Regierung“ und amerikanischer Bevölkerung ist daher sogar noch antiamerikanischer als das übliche Vorurteil des Europäers gegen den ungebildeten und kulturlosen Ami.] In Deutschland war Antiamerikanismus immer Teil der reaktionärsten Bewegungen. [Mit diesen möchte der feinsinnige Anti-Amerikaner Habermas natürlich nicht

in einen Topf geworfen werden. Doch gilt auch hier: mitbefangen, mitgehungen.] Aber der Umstand, dass gerade meine Generation die im 18. Jahrhundert wurzelnde politische Kultur der Vereinigten Staaten bewundert und von dieser gelernt hat, verpflichtet mich nicht zu einer Art Nibelungentreue. [Nicht zufällig eine alteuropäische und sogar altdeutsche Kategorie und Floskel: Nibelungentreue. Nicht um Nibelungentreue geht es, sondern um Verhinderung von europäischen Obstruktionskursen, die stets nur zur Teilung Europas geführt haben und noch führen werden.] Er verpflichtet sehr viel eher dazu, an dem normativen Sinn der Westorientierung der Bundesrepublik festzuhalten - auch gegen eine abwählbare US-Regierung und deren selbstzerstörerische Politik. [Die Propagandafloskel „selbstzerstörerische Politik“ ist bestens geeignet, kollektiven Schaden anzurichten; 48 Prozent der Deutschen halten gegenwärtig die USA, nicht den Iran für das Problem. - Die philosophische Akademikerfloskel „normativer Sinn“ mimt den Vorzugsschüler, der freilich noch nicht erkannt hat, das erst jenseits der idealen Konsensschule der Ernst des Lebens beginnt. Habermas möchte nicht nur im Dunstkreis „kluger Diplomatie“, er möchte auch im arkanischen Kreise „idealer Vernunftschulen“ verbleiben. Damit gibt der europäische Intellektuelle freilich zu erkennen, daß er sich von realer Weltpolitik verabschieden möchte, indem er über einem Gegenmodell brütet, das nur seinesgleichen für Realität und realisierbare Wirklichkeit halten können.] Zum anderen bin ich nicht so naiv zu glauben, dass selbst ein Europa, das gelernt hat, mit einer Stimme zu sprechen, aus eigener Kraft die überfällige Reform der Vereinten Nationen voranbringen könnte. [Obwohl man meinen könnte, in dieser Agenda wäre doch Diplomatie und nichts als Diplomatie vonnöten. Wenn aber nicht einmal in dieser Frage - UNO-Reform - die Mission Europas angenommen wird, wie dann erst in Agendas, die weit über bloße Diplomatie hinausgehen, wie etwa in Afghanistan, Irak, Sudan, Somalia, Palästina? - „Mit einer Stimme“ wird Europa in vielleicht dreißig oder fünfzig Jahren sprechen. Und dann wird es wissen, was es mit diesem „Mythos“ der „einen Stimme“ auf sich hat...] Wenn sich die USA nicht, wie schon zwei Mal im Laufe des 20. Jahrhunderts an die Spitze der Reformbewegung setzen, besteht kaum eine Aussicht auf Erfolg. Wir können bestenfalls die schwache Hoffnung hegen, dass ein stärkeres Europa in diesem Sinne Einfluss auf seinen Alliierten nehmen könnte. Freilich müssen wir wohl eher damit rechnen, dass die nächste US-Regierung den Kurs einer neorealistischen Machtpolitik steuern und für die normative Perspektive eines Ausbaus der UNO eher unempfindlich sein wird. [Nach welchen Normen soll „ausgebaut“ werden? Nicht an dieser Frage zerschellten die jüngsten Reformversuche (denn es müssten neue Normen erst gefunden werden), sondern bekanntlich an der Machtfrage in den Blöcken: die Afrikaner konnten sich nicht einigen, welche ihrer Staaten in die oberen Räte aufsteigen sollten, und das entsprechende Streben Deutschlands wurde nicht nur von Italien sogleich hintertrieben. Daß für den größten finanziellen (und ideologischen) Erhalter der UNO; daß für die größte Weltmacht der heutigen Welt; daß angesichts der aktuellen - jederzeit blockierbaren - Organisation des kleinen und großen

Weltsicherheitsrates die „Einflussnahmen“ der überdies „schwachen“ europäischen Stimmen Illusion sein müssen, versteht sich. Europa ist in der Frage der Renovierung oder Revolutionierung der UNO marginal geworden. Nicht zuletzt wegen seiner falschen Selbstständigkeitspolitik, die fast nur den eigenen, stets wechselnden Nibelungen die Treue zu halten versucht.]

Welche Zielvorstellung sollte die EU als politisches Konstrukt haben? Ist die Vorstellung der «Vereinten Staaten von Europa» mit gemeinsamer Regierung, Staatsangehörigkeit, Armee etc. Ihre Vision, oder wie sollte die politische Selbstorganisation Europas in 50 Jahren aussehen? [Über Visionen lässt sich endlos plaudern, solange man nicht der europäischen Krankheit frönt, immer alles bis ins (bürokratische) Detail vorauswissen zu wollen, - als hätte das (kommunistische) Denken in Fünfjahresplänen weltgeschichtlich nicht soeben Schiffbruch erlitten.]

Habermas: Eine waghalsige Vision für ein halbes Jahrhundert im Voraus ist nicht das, was uns jetzt weiterhilft. [Holt den Zukunftsplaner auf den Boden der Realität zurück. Aber die Frage bleibt, ob „kluge Diplomatie“ als missionierende ultima ratio Europas in den Dingen der Weltpolitik mehr ist als eine Vision, eine zwar nicht waghalsige, dafür aber feige und immer nur partiell zweckdienliche.]

Mir genügt eine Vision bis zur nächsten Europawahl im Jahre 2009. Mit dieser Wahl sollte ein europaweites Referendum über drei Fragen verbunden werden: ob die Union, hinausgehend über effektive Entscheidungsverfahren, einen direkt gewählten Präsidenten, einen eigenen Außenminister und eine eigene Finanzbasis haben soll. Das entspricht den Vorstellungen des belgischen Ministerpräsidenten Verhofstadt. [Soll also der kommende Superpräsident Europas durch (Bevölkerungs-)Europawahlen gewählt werden? - Es fragt sich, ob eine vernünftige EU-Philosophie durch Nibelungentreue an einen Europa-Politiker und dessen Zukunftsprogramm begründet werden kann. An einer EU-Steuer (nicht allein) wird früher und später ohnehin kein Weg vorbeiführen; aber dem Bürger diese Frage vorzulegen, um ihn darüber abstimmen zu lassen, wäre höchst problematisch. Der gemeinsame Außenminister ist soeben (Juni 2007) gestorben, und noch sind die meisten Entscheidungsverfahren und demokratischen Wahlverfahren (samt Zählungen) ein Dauerthema der Diskussion, somit nicht geeignet, Inhalte für Referenden zu liefern. Daß sich der europäische Intellektuelle weitgehend nur (mehr) in Zukunftsvisionen ergeht, die er nun - so rasch wie nur möglich - durch Wahlen und Referenden - wohl gemerkt: in allen (!) EU-Staaten - herbeiführen möchte, ist wohl ein Ratschlag unkluger und unwissender Diplomatie: bei fehlender Mehrheit brähe abermals der große Katzenjammer aus, wie soeben zu erlebt beim Scheitern der Referenden in Frankreich und Holland.] Die Vorlage gälte als angenommen, wenn sie die "doppelte Mehrheit" der Staaten und der Stimmen der Bürger auf sich vereinigt. Gleichzeitig würde das Referendum nur die Mitgliedstaaten binden, innerhalb deren sich jeweils eine Mehrheit

der Bürger für die Reform entschieden hat. [Und jene, die abgelehnt hätten, könnten oder müssten einen „direkt gewählten Präsidenten“ ignorieren und nicht anerkennen? Habermas schlägt ständig viel mehr als bloße Reformen vor; da er diese Vorschläge dennoch im Wortgewande von (angeblich leicht und sogar rasch - bis 2009! - herbeiführbaren) „Reformen“ vorbringt, erhebt sich der Verdacht, daß er an die Realisierbarkeit seiner Vorschläge insgeheim ohnehin nicht glaubt.]

Wenn das Referendum Erfolg hätte, würde sich Europa vom Modell des Geleitzuges verabschieden, worin der Langsamste das Tempo angibt. Auch in einem Europa von Kern und Peripherie würden natürlich die Länder, die es vorziehen, einstweilen am Rande zu bleiben, die Option behalten, sich jederzeit dem Zentrum anzuschließen. [Ein bekannter Widerspruch europäischer Intellektueller: einerseits soll es ein Kerneuropa (womöglich Deutschland-Frankreich) richten, andererseits sollen allgemeine Referenden - aller Staaten und Bevölkerungen - die Sache Europa vorantreiben. Ein Widerspruch, über den die europäische Intellektuellen-Intelligenz noch keine Einsicht gewonnen hat. Dies dürfte sie von der politischen Intelligenz Europas, die damit täglich auf allen Gremialbühnen der EU und der Nationalstaaten konfrontiert wird, radikal und durch keine „kluge Diplomatie“ vermittelbar trennen. Europa lässt seine Intellektuellen über seine Zukunft plaudern, während seine Gegenwart durch Politik, Ökonomie und Recht vorwärtsgehandelt wird. Eine kluge und praktische, keine bloß diplomatische Arbeitsteilung.]

Textvorlage: Perlentaucher. Interview (Essay) vom 23.3.2007
(<http://www.perlentaucher.de/artikel/3795.html>)

Kommentartext: Juli 2007